Geschäft ging so gut, daß bereits 60 Leute eingestellt werden konnten. Zu den bereits existierenden zwei Geschäften sollen drei weitere hinzukommen. Zhuang zufolge bietet der Service-Sektor im Haushaltsbereich, Wohnugsrei-Waschen, Kindereinhütung nigung, etc., noch zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose. Selbstinitiative sei hier gefragt.

Am Beispiel der 43jährigen Wang Mei läßt sich jedoch zeigen, daß nicht jeder Schritt in die Selbständigkeit von Erfolg gekrönt ist. Nachdem Wang 20 Jahre lang Busfahrkarten kontrolliert hatte, wurde sie vor kurzem entlassen und beschloß trotz fehlender Fahrpraxis einen Taxiführerschein zu machen. Nach der erfolgreichen Absolvierung eines dreimonatigen Kurses und einer Investition von 5.000 Yuan in ein Taxi startete sie in die neue Karriere. Jedoch anders als bei Zhuang und ihrem Mann übersteigt im Taxibereich das Angebot die Nachfrage, mit der Folge, daß Wangs Einkommen relativ niedrig ist.

Wang steht stellvertretend für viele Arbeitslose in Chinas Städten, die älter als 40 sind und nur noch schwer eine neue Arbeit finden können. Die meisten von ihnen haben lediglich eine Grundschulausbildung und in einer staatlichen Fabrik ihr bisheriges Arbeitsleben verbracht. Die entlassenen Arbeitskräfte, denen keine neue Beschäftigung zugeteilt wurde, erhalten im Durchschnitt ca. 200 Yuan pro Monat von ihrem ehemaligen Arbeitgeber und müssen sich selbst nach Jobmöglichkeiten umsehen. (The Nation, 14.10.1996) -schü-

Taiwan

*(19)

Südafrikas "Seitensprung": Anerkennung der VR China und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan angekündigt

Der Präsident von Südafrika, Nelson Mandela, gab am 28. November auf einer Pressekonferenz in Johannesburg eine Wende in der Chinapolitik seiner Regierung bekannt: die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan sollen am 31. Dezember 1997 abgebrochen und am 1. Januar 1998 die VR China anerkannt werden.

fig Spekulationen über einen solchen "Seitensprung" des Landes gegeben angesichts der Tatsache, daß Beijing in der Vergangenheit Mandelas ANC (African National Congress) beim Befreiungskampf stark unterstützt hatte. Taiwan hingegen unterhielt während der Apartheidzeit freundschaftliche Beziehungen mit Pretoria, gewährt jedoch der neuen Regierung unter Mandela großzügige Wirtschaftshilfe zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen.

Wie berichtet (C.a. 1996/7, Ü 30 und 1996/8, Ü 28), versuchte Pretoria zunächst, beide chinesischen Regierungen anzuerkennen. Während Taipei unter dem Motto "pragmatische Diplomatie" bereit ist, eine Doppelanerkennung Chinas, d.h. zwei chinesische Regierungen, zu akzeptieren, lehnt Beijing dies kategorisch ab. Am 25. und 26. März d.J. besuchte der südafrikanische Außenminister Alfred Nzo zunächst die VR China und dann vom 31. Juni bis 2. Juli Taiwan, um nach seinen Worten Fakten für die Orientierung der Chinapolitik seines Landes zu sammeln. Anschließend stattete Taipeis Vizeministerpräsident Xu Lide (Hsu Li-teh) vom 25. August bis 3. September einen zehntägigen offiziellen Besuch in Südafrika ab. In seiner Begleitung befand sich eine 50köpfige Delegation mit zahlreichen Vertretern staatlicher und privater Unternehmen. In zwei am 30. August geschlossenen Vereinbarungen hat Taiwan Südafrika jeweils 5 Mio.US\$ zur Förderung der Landwirtschaft und des Bildungswesens zugesagt. Darüber hinaus wurde ein Vorvertrag über ein Joint Venture in Höhe von 3 Mrd.US\$ für die Entwicklung der petrochemischen Industrie in Südafrika zwischen Unternehmen beider Seiten unterzeichnet. Taiwan wird auch ein Projekt zur Errichtung eines Industrieparks in Südafrikas Eastern Cape-Provinz prüfen. Gegenüber Xu versicherten Mandela und Nzo, daß Pretoria die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan weiter unterhalten werde, obwohl es auch ein starkes Interesse an der Aufnahme offizieller Beziehungen zu Beijing habe. Auch gegenüber der Presse wiederholte der südafrikanische Taiwan als einem alten Freund abzubre- kannt, chen. So war Taiwan über die Ankün- Freundschaftsvertrag vom 14. August

Seit Beendigung der Vorherrschaft der digung Südafrikas zum Abbruch der Weißen in Südafrika hatte es schon häu- beiderseitigen Beziehungen ziemlich bestürzt.

> Zur Begründung der Umorientierung der Chinapolitik seiner Regierung sagte Mandela, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan habe man aus der Apartheidzeit übernommen und sie ständen mehr und mehr in Widerspruch zur internationalen Rolle Südafrikas in den Vereinten Nationen (UN) und in der Organisation für afrikanische Einheit (OAU). Die VR China sei ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UN und habe zunehmende Wirtschaftskraft mit einem jährlichen Wachstum von 10%. "Südafrika ist der größte Staat, der noch keine diplomatischen Beziehungen mit der VR China hat", führte der Präsident an. Offenbar wiegt auch für den Friedensnobelpreisträger die politische Realität letzten Endes schwerer als die

> Z.Zt. sind es mit Südafrika noch 30 Staaten (davon 9 in Afrika), die mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhalten. Um einen Dominoeffekt des südafrikanischen "Seitensprungs" zu verhindern, soll Außenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) im Dezember nach Afrika reisen. Er will in erster Linie das von Südafrika umschlossene Königreich Swasiland besuchen und wohl auch versuchen, Pretoria zum Nachdenken über die Beziehungen zu Taiwan zu überreden. Ursprünglich war die Reise für Januar 1997 geplant. (LHB, CP, NZZ und FT, 28. und 29.11.96) -ni-

De-facto-Anerkennung der Mongolei?

Der Vorsitzende des Komitees für mongolische und tibetische Angelegenheiten, Li Hougao (Lee Hou-kao), hat am 16. November auf einer Pressekonferenz gesagt, die Äußere Mongolei gehöre nicht zum "inhärenten Territorium" der Republik China. Dies gilt als ein Anzeichen für einen veränderten Standpunkt der Politik Taipeis gegenüber der Mongolei.

Mit der Unterstützung Moskaus hatte die Äußere Mongolei 1921 die Unab-Präsident seinen Standpunkt, daß es für hängigkeit von China erklärt. Zuerst ihn "unmoralisch" sei, Beijings wegen wurde sie lange Zeit von der damaligen die diplomatischen Beziehungen zu chinesischen Regierung nicht anererst im sino-sowjetischen 1945 verpflichtete sich die Kuomintang-Regierung, die "vom Volk der Äußeren Mongolei gewünschte Unabhängigkeit" anzuerkennen. Als Gegenleistung versprach Moskau in dem Vertrag, sich nicht mit einem Gegner der KMT-Regierung (gemeint sind die chinesischen Kommunisten) zu verbünden.

Im Januar 1946 wurde die Äußere Mongolei nach einem formellen Volksentscheid zur Unabhängigkeit von der KMT-Regierung in Nanjing offiziell anerkannt. Nach dem Sieg der KPCh auf dem chinesischen Festland und ihrem Bündnis mit Moskau verklagte die nach Taiwan geflohene KMT-Regierung die Sowjetunion vor der UNO wegen Verletzung des Freundschaftsvertrages von 1945 und hob diesen am 25. Februar 1953 auf. Seitdem betrachtet sie auch die Äußere Mongolei wieder als zum Territorium der Republik China gehörend an.

Infolge der politischen Liberalisierung in Taiwan wird die Mongoleifrage erneut diskutiert. Vor allem die Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), die eine Unabhängigkeit Taiwans von China befürwortet, verlangt die Anerkennung der Tatsache, daß die Äußere Mongolei ein unabhängiger Staat ist. Auch die neue KMT-Führung hält diese Frage nicht mehr für ein Tabu.

Gemäß Art. 4 der Verfassung der Republik China vom Dezember 1946 erfordert eine Änderung in bezug auf das Territorialgebiet einen Beschluß der Nationalversammlung. Nach der o.g. Erklärung von Li Hougao betrifft diese Vorschrift jedoch nicht die Anerkennung der Äußeren Mongolei, weil, so sein Argument, diese noch vor der Verabschiedung der Verfassung zustande gekommen war. Seiner Meinung nach geht es hier um die Gesetzesfrage, ob die frühere Anerkennung der Äußeren Mongolei nach der Aufkündigung des sino-sowjetischen Freundschaftsvertrags automatisch keine Grundlage mehr habe. Er habe seine Ansicht vor einem Monat dem Kabinett zur Diskussion vorgelegt. (In der Regierungspartei KMT gibt es z.Z. noch keinen Konsens zu dieser Frage.) (LHB, 17.11.96; FCJ, 22.22.96; ZZ, 29.11.96)

Eine Wiederbelebung der Anerkennung der Mongolei durch einen Beschluß des Gesetzgebungsyuan oder eine neue Anerkennung der Unabhängigkeit durch

einen Beschluß der Nationalversammlung in Taiwan hat jedoch keine substantive Bedeutung, weil die Mongolei im Hinblick auf die VR China als unmittelbaren großen Nachbar kaum wagt, die Republik China auf Taiwan anzuerkennen.

*(21)

Niedrigstes Wirtschaftswachstum seit sechs Jahren erwartet

Die Wirtschaft Taiwans hatte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), statistischen Angaben des DGBAS (Directorate General of Budget, Accounting and Statistics) vom 22. November zufolge im dritten Quartal d.J. beim Jahresvergleich einen realen Zuwachs von 5,6% zu verzeichnen - niedriger als die vorher geschätzten 6,09% und die Vorjahresquartalsrate von 6,21%. Für das ganze Jahr 1996 hat der DGBAS seine Voraussage des realen Wachstums zum vierten Mal nach unten revidiert, und zwar auf 5,7%, d.h. die tiefste Steigerungsrate seit sechs Jahren. Damit würde Taiwan im Vergleich mit den anderen "kleinen Tigern" hinter Südkorea und Singapur und nur vor Hongkong mit geschätzten Jahreszuwachsraten von jeweils 9%, 7,7% und 4,4% stehen. (LHB, 23.11.96; FCJ, 29.11.96)

Die Konjunktur, die im 1. Halbjahr durch die militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße gedämpft wurde, blieb auch im 3. Quartal schwach entwickelt, vor allem aufgrund der Regierungskampagne gegen die Geheimgesellschaften, wobei viele von verschiedenen Banden manipulierte Großbauprojekte und illegale Geschäfte gestoppt oder eingestellt wurden. Auch die zunehmende Arbeitslosigkeit und der marode Immobilienmarkt hielten den privaten Konsum zurück. Um die erneut Wachstumserwartung gesenkte 5,7% 1996 zu erreichen, muß das BIP im 4. Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,6% steigen. Ausgehend von einer sich fortsetzenden Konjunkturbelebung, prognostizierte der DGBAS für das kommende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 6,2%. Dafür müssen sich vor allem die Investitionen um 9% erhöhen. In diesem Jahr lag nach der letzten DGBAS-Schätzung die Investitionszuwachsrate bei nur 3,2% die tiefste seit zehn Jahren. -ni-

Hongkong und Macau

*(22)

Wahl des ersten Regierungschefs von Hongkong unter chinesischer Souveränität nach der Wende 1997

Am 2. November wurde das "Auswahlkomitee" für die Bestimmung des ersten Regierungschefs und eines "Provisorischen Legislativrats" von Hongkong als Sonderverwaltungszone (SVZ) der VR China nach der Übergabe der britischen Kronkolonie am 1. Juli 1997 in Beijing zusammengesetzt. Das Komitee hat insgesamt 400 Mitglieder: 100 aus dem Industrie- und Finanzsektor, 100 aus Organisationen freier Berufe, 100 aus Basisorganisationen Gewerkschaften, und religiösen Kreisen, 100 aus politischen Kreisen (26 Abgeordnete des chinesischen Nationalen Volkskongresses aus Hongkong, 34 Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes aus Hongkong und 40 ehemalige Politiker Hongkongs) - alle sind Bürger Hongkongs. Abgesehen von den 26 Abgeordneten des chinesischen Nationalen Volkskongresses als Mitglieder von Amts wegen und den 34 aus dem eigenen Kreis direkt gewählten Mitgliedern der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes wurden alle anderen 340 Mitglieder des Auswahlkomitees vom Vorbereitungskomitee (VBK) zur Übernahme Hongkongs indirekt gewählt. Das VBK hat 150 Mitglieder, 56 aus der VR China und 94 aus Hongkong. Da sie von Beijing ernannt wurden, sind sie mit wenigen Ausnahmen der chinesischen Regierung wohlgesonnen, ebenso die von ihnen gewählten Mitglieder des Auswahlkomitees.

Insgesamt haben sich über 5.800 Hongkonger um die Kandidatur für die Wahl zum Auswahlkomitee beworben. Zum Schluß wurden aber vom Vorstand des VBK nur 409 Kandidaten für die o.g. 340 zu wählenden Mitglieder des Auswahlkomitees ausgelesen. (DGB, 2.-4.11.96)

Auf der Sitzung des Auswahlkomitees am 15. November wurden dann drei Kandidaten für das Amt des ersten Regierungschefs der SVZ gewählt: Tung Chee-hwa (Dong Qihua) mit 206 Stimmen, Yang Ti Liang (Yang Tieliang) mit 82 und Peter Woo (Wu Guangzheng) mit 54. Tung (59) galt von An-